

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zustellung 1.10 Mark, vierteljährlich  
3.30 Mark, durch die Post 3.35 Mark  
ausschließlich Zustellungsgebühren. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Um amt-  
lichen Zeitungs-Vergleichnis unter  
Saale-Zeitung eingetragen. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Genehmigung  
„Saale-Zeitung“ gestattet.  
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

# Saale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
werden die günstigste Rowenweite  
oder deren Raum mit 30 Pf. berech-  
net und in unseren Annahmestellen  
und allen Anzeigen-Geschäften an-  
genommen. Reklamen der Seite 1 bis  
Schluss der Anzeigen-Nachricht  
vormittags 11 Uhr, für die Sonntags-  
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-  
gen von Anzeigenanfragen, sowie  
jedoch zulässig sind, müssen schriftlich  
erfolgen. Zeitungs-Nr. Halle a. S.  
Er scheint täglich zweimal  
Sonntags einmal  
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Dr. Braunsstraße 17.  
Leben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 215.

Halle, Mittwoch, den 9. Mai

1917.

## Drei Truppentransporte versenkt.

### Die Kämpfe im Westen.

#### Französische Verluste.

Drahtbericht unseres vom westlichen Kriegsschauplatz entsandten  
W. Sch.-Berichterstatters.

Hauptquartier West, 6. Mai.

Der gewaltige Menschenverlust, den sie bei den gescheiterten  
Offensiven erlitten haben, macht auf die französischen Gefangenen-  
listen Eindruck. An der Aisne gefangene französische Offiziere  
sagen mir: „Es ist schrecklich. Frankreich verblutet sich  
vor unseren Augen. Die Furcht, daß Frankreich nach dem  
Kriege keine Männer mehr haben wird, beginnt bei uns die Geister  
mehr zu revolutionieren als die Furcht vor den deutschen U-Booten  
bei den Engländern.“ Die Franzosen erkennen an, daß die Eng-  
länder jetzt mehr Menschen opfern als früher; aber sie haben keine  
große Hoffnung mehr auf die englische Kriegsführung. Sie sagen:  
„Wenn wir es nicht machen, dann wird den Engländern gewiß  
nicht der Durchbruch durch die deutschen Linien gelingen.“  
W. Schewermann, Kriegsberichterstatter.

e. B. Genf, 8. Mai. Die militärischen Berichterstatter  
aus den britischen und französischen Hauptquartieren melden  
Pariser Kreisläufigen von den Hauptkämpfen um einzelne wichtige  
Stützpunkte, daß seit Kriegsbeginn mit solch wilder Erbitterung  
gekämpft wurde. Die auf französischer Seite er-  
reichten Verluste waren besonders empfindlich während der  
unruhigen nächtlichen Zusammenstöße.

#### Amerikas Hilfe.

e. B. Rotterdam, 8. Mai. Das amerikanische  
Kriegsministerium befehlt, neun Regimenter Pioniere auszu-  
rüsten, welche in Frankreich Dienst tun sollen.

#### Ein „skandinavisches“ Regiment aus Kanada.

e. B. Kopenhagen, 8. Mai. „Bergens Aktionssabot“  
teilt mit: In Kanada wird ein ganzes skandinavisches Regi-  
ment ausgebildet. Der Kommandant ist ein Isländer. Die  
weißen Offiziere sind Norweger.

#### Miljukows revidierte Note.

Petersburg, 7. Mai. (Meldung der Petersburger Tele-  
graphen-Agentur.) Mitteilung des Arbeiter- und Soldaten-  
rats. Die Note des Ministers des Auswärtigen vom 1. Mai,  
die am 3. Mai veröffentlicht und der die Erklärung der  
Einseitigen Regierung vom 9. April zur Liebermittlung  
an die alliierten Regierungen beigegeben wurde, hat bei  
dem Vorschlagsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats  
Mißbilligung und bei der Demokratie lebhaften Widerspruch  
gefunden, der sich in Verammlungen und Kundgebun-  
gen äußert hat.  
Ihre Freizügigkeit haben sich auch die bürgerlichen Kreise erregt  
und gegen die erwähnten Kundgebungen der Arbeiter und  
Soldaten Einspruch erhoben. Am folgenden Tage gewann  
die Bewegung in Winstan Boden.  
In der Nacht zum 4. Mai wurde eine gemeinsame Sitzung  
des Vorschlagsausschusses der Arbeiter und Soldaten, der  
Regierung und des vorläufigen Duma-Ausschusses abge-  
halten.  
Am 4. Mai teilte die Einseitige Regierung dem Vor-  
schlagsausschuß eine Ergänzungsnote an die Vertreter  
der alliierten Mächte mit, die am 5. Mai veröffentlicht und  
in der erklärt wurde, daß für die Regierung in einem „ent-  
scheidenden Siege“ der Verzicht auf Landgewinn  
und auf Beschlagnahme der Güter von Staatsangehörigen  
anderer Völker und ebenso der Verzicht auf jede Ausdehnung  
der Macht auf andere Staaten in Betrachtung  
steht.  
Ingefolgt dieser ergänzenden Note hat der Arbeiter-  
und Soldatenrat die folgenden vom Vorschlagsausschuß  
vorgeschlagene Entschlüsse angenommen:  
„Der Rat der Arbeiter- und Soldatenangeordneten be-  
glaubigt, daß die revolutionäre Demokratie Peters-  
burgs, deren Versammlungen, Entschlüsse und Kund-  
gebungen ihre lebhafteste Unterstützung gegenüber den Forderungen  
der answärtigen Politik bezeugen und ihre Befürwortung,  
daß diese Politik in die imperialistischen Bahnen des alten  
Regimes abgleiten könnte. In der Tat hat die Note des  
Ministers des Auswärtigen vom 18. April begründeten Anlaß  
zu den erwähnten Befürwortungen gegeben. Die Einseitige  
Regierung hat getan, was der Vorschlagsausschuß schon  
lange gefordert hatte, und den alliierten Regierungen den  
Wortlaut ihrer Erklärung vom 27. März über ihren Ver-  
zicht auf Eroberungspolitik übermitteln. Dadurch hat die  
Regierung die alliierten Staaten in die Notwendigkeit ver-  
setzt, sich vor ihren Demotanten und vor denen der ganzen  
Welt über die Politik der Eroberungen und über die Kriegs-  
ziele im allgemeinen auszusprechen.“

### Amtliche Meldung des Admiralsstabes.

WTB. Berlin, 8. Mai. (Amtlich.)

Nach neu eingetroffenen Meldungen wurden wieder drei  
feindliche Truppentransportdampfer versenkt, und zwar am  
15. April südlich Malta ein vollbesetzter, durch zwei ita-  
lienische Zerstörer geförderter Truppentransporter von etwa  
10 000 Br.-Reg.-T. mit Kurs nach Ägypten; am 20. April  
westlich Gibraltar ein englischer, grau gemalter Truppen-  
transportdampfer von etwa 12 000 T. mit östlichem Kurs;  
am 4. Mai im Ionischen Meere der italienische Truppen-  
transportdampfer „Verico“ (3935 T.) mit Soldaten des  
61. Regiments, der aus einem durch Zerstörer geförderter  
Geleitzuge herausgeschossen wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 8. Mai abends. (Amtlich.)

Bei trübem Wetter mit Regen flaute die Gefechtsstätigkeit  
heute sowohl bei Arras wie auch an der Aisne wesent-  
lich ab.

### Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht.

WTB. Wien, 8. Mai. (Amtlich wird verlautbart:

Keine überall unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

### Letzte Depeschen.

#### Bulgarischer Bericht.

WTB. Sofia, 8. Mai. Amtlicher Bericht vom 7. Mai:  
Mazedonische Front: Der Feind unterhielt im Cerna-  
bogen während des ganzen Tages Artillerie- und Minsenfeuer.  
Mehrere feindliche Erkundungsabteilungen, die vorzuziehen  
versuchten, wurden leicht zurückgeschlagen. Westlich des War-  
dar lebhaftes Artilleriefeuer. Bei Einbruch der Nacht unter-  
nahmen feindliche Infanterieabteilungen nach kräftiger Ar-  
tillerieüberdrehung einen Angriff in Richtung Nikitski Mtsch  
südlich Greshel, wurden aber durch unser Feuer zurück-  
gedrungen. Südlich Dairan unterhielt der Feind heftiges  
Feuer mit Unterbrechungen auf andere vorgeschobenen Stel-  
lungen. An der übrigen Front Schwach- und Mittelartillerie.  
In der Ebene von Eres Hauroullensgarnison.  
An der Rumänischen Front nichts von Bedeutung.

#### Die dänischen Handelschiffe in Spanien dürfen nicht fahren.

e. B. Basel, 8. Mai. Aus Barcelona wird gemeldet, daß  
die Kanitane der im Hafen liegenden dänischen Schiffe von  
ihrer Regierung die Weisung erhielten, vorläufig unter kei-  
nen Umständen auszufahren.

#### Die Häfen von Havre und Dünkirchen gesperrt.

WTB. Rotterdam, 7. Mai. Die Häfen von  
Havre und Dünkirchen sind wegen Minengefahr gesperrt.

#### Die Unsicherheit in Petersburg.

e. B. Stockholm, 8. Mai. Die jüngste hier eingegan-  
genen Nummer der „Miljukowschen“ „Richtung“, also gewiß ein  
unverdächtig Blatt, bringt von einem einzigen Tage der  
Petersburger Unruhen folgende intensive Meldung: Aus  
einem Auto, das durch den Remski-Prospekt raste, wurde das  
Feuer auf die Mitglieder der „Richtung“ eröffnet. Diese erwiderten  
das Feuer, wobei von den Anführern des Kraftmens eine  
Frau, ein Leutnant und ein Freiwilliger getötet wurden. Am  
Nachmittag erwiderten auf dem Samensplatz Gewehr-  
schüsse, wobei zwei Soldaten getötet und zwei weitere schwer ver-  
wundet wurden.

#### Verseht.

WTB. Kopenhagen, 8. Mai. Das dänische Ministerium  
des Äußeren gibt bekannt, daß der dänische Dampfer „Oden“  
auf der Reise von Schweden nach Danemark über Eng-  
land mit einer Ladung Erbsen für die Ardrie versenkt  
worden sei. Ferner ist der Dreimastdampfer „Selga“ auf der  
Fahrt von England nach Danemark mit einer Ladung Kohle  
in der Nordsee versenkt worden.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Indessen hat die Note des Ministers des Äußeren die  
Erklärung vom 27. März, die an die Regierungen der Allii-  
erten gerichtet war, mit solchen Veränderungen begleitet,  
daß man sie als einen Verzicht der Alliierten auf die wirt-  
schaftliche Bedeutung des Schrittes auffassen konnte. Die Aus-  
drücke und Wendungen der Note, die der Sprache der Diplo-  
maten des alten Regimes entnommen sind und dem Volke  
unverständlich waren, waren derart, daß sie die berechtigte  
Sorge erweckten, die Einseitige Regierung habe tatsächlich  
die Absicht, sich auf dem Gebiete der internationalen Be-  
ziehungen von dem Wege des Verzichtes auf Eroberungs-  
politik, den sie am 27. März ausgesprochen hatte, zu ent-  
fernen. Der einseitige Widerspruch der Arbeiter und Sol-  
daten in Petersburg hat der Einseitigen Regierung und  
allen Vätern der Welt gezeigt, daß die revolutionäre Demo-  
kratie Russlands niemals darin willigen wird, daß die  
äußere Politik in den Bahnen des Antisozialismus geführt werde,  
und daß ihre Anstrengung auf einen unerlöschlichen Kampf  
um einen Weltfrieden gerichtet ist und sein wird.

Die neuen Erklärungen der Einseitigen Regierung,  
die, durch diesen Widerspruch veranlaßt, zur öffentlichen  
Kenntnis gebracht und vom Minister des Äußeren den Ver-  
tretern der alliierten Mächte mitgeteilt worden sind, machen  
jeder Auslegung der Note in einem den Interessen und For-  
derungen der revolutionären Demokratie zuwiderlaufenden  
Sinne ein Ende. Die Tatsache, daß ein erster Schritt getan  
worden ist, die Frage des Verzichtes auf Eroberungspolitik  
zur internationalen Erörterung zu stellen, muß als bedeut-  
samer Sieg der Demokratie angesehen werden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt seinen un-  
erschütterlichen Entschluß, in Zukunft auf dem Wege des  
Komplexes für den Frieden zu bleiben, und fordert die ganze  
revolutionäre Demokratie Russlands auf, sich noch enger um  
diesen Rat zu schließen. Die Arbeiter- und Soldatenangeord-  
neten werden den Widerstand der Regierungen brechen und  
sie zwingen, Friedensbedingungen auf der Grundlage des  
Verzichtes auf Annexionen und Entschädigungen einzuliefern.“  
gez. Stobelen.

#### Die Kundgebungen in Petersburg.

Rotterdam, 7. Mai. Nach dem „Nieuw. Rott. Cour.“ ho-  
rizontal der Petersburger Korrespondent des „Dain Tele-  
graph“ vom 4. d. M. zu den Kundgebungen am Donnerstag  
nachmittag vor dem Taurischen Palais: Die Soldaten trugen  
Fahnen mit der Aufschrift: „Weg mit Miljukow! Weg mit  
den Eroberungen!“ Andere Truppen kamen dazu, bis un-  
gefähr 15 000 Soldaten mit Fahnen und Plakaten zusammen-  
gedrängt waren. Es wurden Gegenkundgebungen für die  
Regierung eingeleitet, aber die Arbeiter waren der Regie-  
rung gegenüber sehr feindselig gestimmt. Nach Mitternacht  
hielt Miljukow seine bereits gemeldete Rede an das Volk.  
Sie wurde mit großem Jubel aufgenommen. Im weiteren  
Verlaufe der Nacht wurde die Stimmung der Menge immer  
aufregender für die Regierung. Aufzüge von Arbeitern  
sahen sich am Abend mit Plakaten auf denen die  
Folgsparole der extremsten Elemente lesen konnte, nach  
der Duma. Bald darauf traf ein großer Anzug von An-  
hängern der Regierung, in dem sich viele Soldaten des  
Wolganski-Regiments befanden, ein. Beide Gruppen der  
Kundgebungen gingen friedlich auseinander. Am Sonn-  
abend trönten Hunderttausende auf dem Remski-Prospekt  
und in den anderen breiten Straßen zusammen und schrie-  
n: „Cuiuslibet, die voll von Soldaten waren, riefen jellies  
durch die Straßen. Am Morgen sah die Stadt in zwei  
Lager geteilt zu sein. Die rebellischen Kreise waren für die  
Regierung, die Arbeiter gegen sie. Im Laufe des Tages  
machte die Zahl der Anhänger der Regierung. Die Kreise  
ist vorüber, die Regierung bleibt. Die Führer des Arbeiter-  
und Soldatenanschlusses haben die Lage gereizt. Ohne sie  
würde die Regierung gestürzt worden und wären Bürger-  
krieg und Anarchie die unvermeidlichen Folgen gewesen.  
Am späten Abend des Donnerstag begann eine gemeinsame  
Besprechung der vorläufigen Regierung, des ausführenden  
Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats und des Duma-  
ausschusses. Uwo erklärte, die Regierung sei bereit, juridis-  
zutreten. Der Kriegsminister Guskow erstattete Bericht  
über die Verhältnisse an der Front. Er sagte, die Lage an  
der Front sei ernst. Sie sei zwar nicht hoffnungslos, aber  
wenn der jetzige Zustand fortbestünde, könne er schlimme  
Folgen haben. Guskow erklärte schließlich, daß er nicht  
nach Eroberungen strebe und daß die Annexionsideen augen-  
blicklich bei niemandem Anklang fänden.

#### Sicherungsmaßnahmen der provisorischen Regierung.

Wie die Schweizer Blätter aus London berichten, meldet  
„Dain Mail“ aus Petersburg, die der Regierung ver-  
ordneten Militäreinheiten in Moskau sind auf Befehl  
der provisorischen Regierung nach Petersburg ver-  
legt worden zum Schutze vorgesehener Regierungsmaß-  
nahmen.

#### Rezentli beim Jaren.

Dam Mittelungen aus Petersburg an englische Zeitun-  
gen hat der Justizminister Rezentli der gefangenen  
Jarenfamilie einen neuen Besuch abgestattet. Der Jaz geht



Deutsches Reich.

die Winterverlegung ist eine geeignete Organisation in die Wege geleitet.

Herr Wör (3) fragt nach Beseitigung der Schafzucht und Milcherzeugung.

Ministerialdirektor Müller: Die Frage wird mit Aufmerksamkeit verfolgt. Annehmliche Abänderungen sind zu verhindern. Die Freigabe der Wolle wird mit der Beschlagsnahme Hand in Hand gehen.

Darauf wird die

Beratung des Militäretats

berachtet.

Eine Reihe von Titeln wird ebenfalls erledigt.

Sein Titel „Erweiterung, Ausgestaltung und Erhaltung der Wehrdienstverhältnisse in Wiesbaden“ (S. 2) über ungenügende Versorgung kranker Soldaten in den Kuranstalten. Eine Zusammenfassung der Kuranstalten sollte dem Hause vorgelegt werden. An der Spitze dieser Anstalten sollte ein Arzt und nicht ein alter Offizier sitzen.

Generalarzt Dr. Schulgen: Das dauernde Bedürfnis solcher Anstalten muß festgestellt werden. Erst danach können wir weitere Maßnahmen treffen.

Der Titel wird angenommen.

Ebenso die weiteren Titel, darunter auch der Titel „Neubau und Ausbau eines zweiten Hauptbettenanstalt, dessen Verwaltung der Sozialdemokraten bestritten“ (S. 2).

Bei den Einnahmen wünscht Abg. Schuler (Soz.) eine bessere Verpflegung der Soldaten mit gutem Gemüse. Die Kriegsvollzugsliteratur müsse verschwinden.

Herr Pflug zu Schönbach-Groß (nat.): Das Beschäftigungsproblem unserer Soldaten ist außerordentlich groß. Die Sache verdient jede Förderung.

Herr Gons-Karlsruhe (F. Vp.): Wir wollen den Kommandoführern keine Schuld ermaßen, das Beschäftigungsproblem der Soldaten reglementieren könnte, aber der Schuld muß aus den Verbandsbedingungen verschrieben.

Herr Goldner (A.): Auch wir wünschen, daß dem Beschäftigungsproblem der Soldaten dadurch genügt wird.

Herr Gieseler (nat.): Das wirtschaftliche Interesse der Kriegsveteranen darf nicht im Vordergrund stehen.

Herr Wehrs (F. F.): Die Soldatenheime belegen sich über die Ausnahmestellung einzelner Großbundesleitungen. Oberst Weiß: Die Kriegsveteranen haben auch viele gute Sachen gebracht, nicht nur in der Sache. Neben den Subventionen der Soldatenheime haben wir viele sehrbare Leistungen herausgebracht. Mit den Verbandsleitungen sind Verträge vorbereitet, die ungefähr den üblichen Baukosten entsprechen. Den Verbänden bleibt ein Gewinn, ohne daß sie die Bürgerrechte zu ergötzen haben. Die Schuldliteratur muß beseitigt werden.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Damit ist der Hausrat erledigt.

Eine Reihe von Petitionen werden ohne Aussprache erledigt.

Damit ist der Tagesordnung erschöpft.

Morgen 2 Uhr: Marineetat und die rezipierenden Etats, sowie das Etatsgesetz.

Schluß 5 Uhr.

Noch einmal die Z. C. C.

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir in Nr. 186 einen Artikel, der sich mit der Beschlagnahme von Büdingen bei der Firma Körner & Niemann beschäftigte. Die Büdingen sollten nach der Angabe der Z. C. C. dem hiesigen Magistrat angeboten sein. Dem widerspricht jedoch anknüpfend das in dem Artikel veröffentlichte Schreiben des Magistrats vom 20. November 1918 an Körner & Niemann, wonach der Magistrat bisher von der Z. C. C. weder eine Bestellung noch einen Bescheinigung erhalten hätte noch für die Zukunft solche zu erwarten hätte. Von einem Vertreter der Z. C. C. ist uns nun der Originalbrief der Firma Körner & Niemann vorgelegt, der der Antwort des Magistrats an die Firma zugrunde liegt. In diesem Originalbrief vom 25. November datierten Schreiben hat die Firma auf die Beschlagnahme der Büdingen allerdings Bezug genommen und den Magistrat gebeten, sie gewissermaßen als Entschädigung an der Firma von der Z. C. C. zugewiesene Bescheinigung zu überweisen. Diese Sachlage ändert sich erst dann, wenn die Bewertung der Antwort des Magistrats für den vorliegenden Fall und wir hoffen sehr, daß danach in dem Artikel: zwischen den Behauptungen der Z. C. C. und dem Schreiben des Magistrats an Körner & Niemann nicht mehr besteht.

Die Z. C. C. hat nun einen unbedingten Vorwurf darin gesehen, daß mit den Übernahmepreisen bei Körner & Niemann beschlagnahmten Büdingen (38 Mk.) mit dem drei Tage später erfolgten Angebot des „Provinzialverkaufs Sachsen“ an jene Gesellschaft zum Preise von 66 Mk. pro Bock verpfauschten haben. Der Vertreter der Z. C. C. war allemal nach, daß es sich dabei nicht um die bei Körner & Niemann beschlagnahmte Ware handelte (was wir auch niemals behauptet hatten). Er bestritt — formell durchaus mit Recht —, daß der „Provinzialverkauf Sachsen“ ein „3-wegiger Verkauf“ der Z. C. C. sei. Nach dem uns vorgelegten Aktenmaterial sind die bei Körner & Niemann beschlagnahmten Büdingen vom „Provinzialverkauf Sachsen“ nach Prinzip mit dem zulässigen Aufschlag von 1 Prozent verkauft, während die von diesem in seinem Schreiben vom 18. November 1918 angebundenen Büdingen als „Inlandware“ von der Z. C. C. nicht erfaßt werden konnten und zum Preise von 64—65 Mk. verkauft wurden.

Die Z. C. C. vertritt dann ihren Zugriff im Falle Körner & Niemann darin, daß die Büdingen nicht so dem Inkrafttreten der Bundesratsverordnung vom 20. September 1918 über die Zentralisierung der Einfuhr von Getreide und Getreiderückständen (also nicht vor dem 7. Oktober 1918) verkauft, am 6. Oktober vielmehr von der Firma nach deren eigener Angabe nur eine Offerte eingefordert sei, auf die hin Körner & Niemann am 27. Oktober ohne weiteres die Nachfrist von der Absendung der Ware erhielt.

Wir geben der Darstellung gerne Raum, haben auch niemals bestritten, daß die Z. C. C. ein Beschlagnahme-recht hat, und nicht behauptet, daß sie es unrechtmäßig ausgeübt hat. Unser Interesse an der Frage konzentriert sich darauf: Was ist nicht möglich, der Firma unter den obwaltenden Umständen — da auf ihre Anfrage ohne Antwort die Absendung der Ware erfolgt war — die Einfuhrerlaubnis zu geben? Wenn nicht? Was ist nicht möglich, den Verkaufspreis in diesem Ausnahmefall als Übernahmepreis zu bemitteln? Und als letzter aber nicht unzulässige Frage: Wie kommt es, daß die Ware, die zur Einfuhr nach Halle verkauft war, vom Provinzialverkauf Sachsen in Leipzig fast 50% teurer verkauft ist?

Beschlüsse des Verfassungskomitees.

Berlin, 3. Mai. Der Verfassungsausschuss des Reichstages beschloß heute einmütig nachfolgende Abänderung des Artikels 28 der Reichsverfassung:

Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit der Abstimmbaren vorbehaltlich der Ausnahmen, welche durch die Verfassungsbildung für die vom Reichstag vorzunehmenden Änderungen zu bestimmen sind.

Der Ausschuss beschloß auch die beantragte Ergänzung zu Artikel 30 zu, die das Recht der Zeugnisverweigerung für Abgeordnete in Ausübung ihres Berufs festlegen soll.

Zu der Frage des Rechtes der Zeugnisverweigerung (Artikel 30) stellte Ministerialdirektor Dr. Lemay zur Ergänzung, daß die große Mehrheit des Ausschusses eine derartige Bestimmung wünsche, andererseits die verbündeten Regierungen im Jahre 1911 einen durchaus gegenseitigen Standpunkt eingenommen hätten, ob sich nicht eine Brücke zur Verbindung durch das Zeugnisverweigerungsverhältnis gegen einen Abgeordneten nur mit Genehmigung des Reichstages zulässig sei.

Der Ausschuss beschloß inwieweit gegen die Konventionen und ein Mitglied der deutschen Fraktion, das Recht der Zeugnisverweigerung für Abgeordnete in Ausübung ihres Berufes im Artikel 30 festzulegen.

Die Frage der Kriegsschadung.

Die „Bayrische Staatszeitung“, das Organ des Grafen v. Hertling, hat sich nicht nur den Reichstagspräsidenten, sondern auch den Reichspräsidenten, die Bundesräte für auswärtige Angelegenheiten etc. hat einem „von besonderer Seite“ stammenden Artikel Raum gegeben, der herablassend auf die Frage der Kriegsschadung mit dem Ergebnis äußert, daß die „Wichtigkeit einer solchen Vermeidung“ den „besonderen Seite“ meint, daß mit den Feinden Deutschlands Abmachungen über eventuelle Reparationen, oder Reparationen zu niedrigen Preisen von Rohstoffen hergestellt werden können. Man solle ferner verlangen, daß sich der deutsche Handel in seinen Angelegenheiten vor dem Krieg nicht mit großer Kraft betätigen könne. Eine weitere Forderung des Artikels ist die von einer „Hülle von Zugeständnissen“ heißt, die gleichbedeutend mit einer Kriegsschadung von einer Milliarde in der Höhe, erstreckt sich auf die Herausgabe der beschlagnahmten Schiffe und aller deutschen Kolonien. Das Regierungsorgan begründet seinen Standpunkt damit, daß Deutschland keine Kriegsschadung brauche, weil 60 Milliarden Kriegsanleihe nur „einen geringen Teil des 373 Milliarden betragenden, im Frühjahr 1918 wachsenden Volkseinkommens darstellte“ und die von Deutschland herablassend zu tragenden Lasten verhältnismäßig gering seien. Die Zeugnisse und die rechtsliberalen Blätter wählten in diesem Artikel ein Ergebnis der Wiener Kette des Grafen Hertling.

Die „Germania“ bemerkt hierzu: Der Gedanke an sich ist keineswegs neu; von anderer Seite hat man ihn bereits vorgebracht für den Fall, daß eine bare Entschädigung unerschaffen sein würde. Lebensfalls können wir uns vorstellen, daß ein handelspolitische Zugeständnisse bei geringererbarer Kriegsschadung gegenüber dem Kriegswert zu dem vermöglichen als reichhaltige Milliarden Bargeld, dem im Handhabe folgt, der uns wirtschaftlich zugrunde richtet. Eine Kombination dieser beiden Entschädigungssysteme wäre natürlich das beste. Interessant und beachtenswert ist an der Sache für uns zunächst nur, daß ein Regierungsorgan sie aufgreift. Ob man daraus schließen darf, daß die maßgebenden Stellen den Gedanken ernstlich erwägen, möchten wir dahingestellt sein lassen.

Friedenseingabe deutscher Pazifisten.

Vier pazifistische Organisationen, die Deutsche Friedensgesellschaft, der Bund Neues Vaterland, der Nationale Frauenausschuß für dauernden Frieden und die Zentralfriedens-Vereine, haben sich an den Deutschen Reichstag mit einer Eingabe gewandt, in der dieser ersucht wird, in Würdigung der vollkommenen neuen Lage, die für die Frage von Friedensverhandlungen durch die russische Staatsumwälzung geschaffen ist, für folgende Grundzüge auszusprechen:

1. Deutschland ist gegenüber dem neuen freien Ausland, das die nationalen Rechte der dem russischen Reich zugehörigen Gebiete, in der den russischen Reich zugehörigen Gebiete, ein Frieden ohne irgend welche Eingriffe in den territorialen Bestand des russischen Staatswesens zu schließen. Voraussetzung wird dabei, daß die nationalen Rechte der Deutschen in Russland in gleicher Weise wie die der übrigen Nationalitäten des russischen Reiches geschützt und alle gegen die Reichslosigkeit bestehenden Willkürakte der Zeit der allen autoritären Regierung rückgängig gemacht werden.
  2. Die Reichsregierung möge sich bereit erklären, zur Ergänzung des Friedensangebotes vom 12. Dezember v. J. in geeigneter Weise die Bedingungen bekannt zu geben, die sie den generellen Wünschen auf einem Friedensweg zu unterbreiten beabsichtigt.
  3. Der Reichstag ist gemäß, eine Politik zu unterstützen, die sich in Konsequenz der Erklärungen des Herrn Reichkanzlers vom 9. November v. J. eines internationalen Friedensbündnisses über einen den Frieden liebenden zentralistischen Organisation (einen „Friedensbund der Völker“) zur Aufgabe setzt und für eine vertragsmäßige Befestigung der Rüstungen mit dem Ziel der allgemeinen Abrüstung eintritt.
  4. Der Reichstag ist gemäß, diese Politik zugleich zu steigern auf eine Erneuerung unseres inneren politischen Lebens, die geboren aus den Erfahrungen dieses Krieges und getrieben lediglich nach dem Willen und nach den Bedürfnissen des deutschen Volkes, doch zugleich aus Schwermut befreien werden, die bisher einem vertrauensvollen internationalen Zusammenwirken im Wege standen, und er fordert die sofortige Zusage für den hierfür nötigen geistesgegenwärtigen Maßnahmen.
- Die Eingabe erregt ein recht überflüssiges und törichtes, da sie den tatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen keine Rechnung trägt. Entgegen der Meinung der Erbauer des Friedensbündnisses, haben Friedensangebote keinen Zweck, die russischen Zustände aber bieten bisher überhaupt eine Gewähr für eine dauernde Verständigung, wie der „Friedensbund der Völker“.

Die Demagogie der Deutschen Tageszeitung.

W. H. Berlin, 7. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Die „Deutsche Tageszeitung“ ermahnt heute in einem Artikel, in dem sie sich mit dem Abg. Cohn-Hordhausen beschäftigt, aus der Antwort, die der Staatssekretär Dr. Helfferich dem genannten Abgeordneten geantwortet hat, folgenden Satz:

„Wir haben bis zum letzten Augenblick unser Außenpolicy getan, den Krieg zu vermeiden und sind dabei bis zur äußersten Grenze dessen gegangen, was mit der Verwirklichung des Vaterlandes noch verträglich war.“ Hierzu bemerkt das Blatt, daß die Öffentlichkeit gegen die Umstände, welche zu ihr führten, nicht einzutreten sein würden, wenn die deutsche Weltmacht drei bis vier Tage früher erfolgt wäre.“ Dann wendet der Krieg längst zu Ende, und zwar friedlich für das Deutsche Reich. Herr Cohn also sollte doch dem Reichskanzler dankbar für die verzögernde Tätigkeit seiner damaligen Politik sein, da er doch in jenen Augenblicken eine Politik des Zögerns durchgeführt hat, deren Wirkungen die jetzt dem Cohn-Scheidemannschen Programm nötig erschienen haben: nur nicht jetzt! Andererseits sollte Herr Cohn nun lieber nicht mehr behaupten, er sei für Verhängung des Krieges, wenn die lange Dauer des Krieges führt sich auf die gleichen Ursachen zurück, welche die sogenannte Marne-Schlacht zur Folge hatten; später auf die Verzögerung des U-Bot-Krieges.“

Wir beschränken uns darauf, diese Demagogie niedriger zu hängen.

Graf Hertling in Berlin.

W. H. München, 7. Mai. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Staatsminister Dr. Graf Hertling hat sich heute früh für einige Tage nach Berlin gegeben. Wo am Dienstag, den 8. Mai unter seinem Vorsitz im Reichskanzleramt eine Sitzung des Bundesratsauschusses für auswärtige Angelegenheiten stattfinden wird.

Wagungen werden.

Der Berliner Regierungspolitiker Dr. Anacker hat, wie das „Berliner Tageblatt“ führt, sich nicht für den Plan, das Berliner Reichstagsgesetz nicht jetzt eingereicht, sondern es ist ihm nun Berlin aus nahegelegenen Gründen, keinen Anlaß zu nehmen. Präsident Krabbe steht im 66. Lebensjahre.

Ausland.

Verfassungsreform in Schweden.

W. H. Stockholm, 3. Mai. (Schwedische Telegramm-Bureau.) Die liberale Sammlungspartei hat dem Staatsminister eine Eingabe zugestellt, welche zur baldmöglichen Lösung der Fragen des allgemeinen und gleichen kommunalen Stimmrechts, sowie des Frauenstimmrechts im Mitwirken der Regierung ersucht wird. In der Begründung wird ausgeführt, daß schon lange eine durchgehende Demokratisierung der schwedischen Gesellschaft nötig sei. Jetzt aber sei die Notwendigkeit so dringend, daß eine große Gefahr für das Land vorliege, wenn vor der Auflösung des Reichstages ein entscheidendes Endergebnis nicht erreicht werde. Der Staatsminister erklärte, er sei bei Beratung mit den anderen Ministern eine Antwort geben zu können.

Halle und Umgebung.

Professor Fickers Berufung nach Halle.

Der ordentliche Professor der Theologie D. Dr. Johannes Ficker in Straßburg i. E. hat den Ruf an unsere Universität, als Nachfolger des verstorbenen Professors Dr. Albertus, angenommen, wenn auch, weil er in Straßburg durch seinen langjährigen Beruf gebunden ist, erst für die Zeit nach dem Antritt des Johannes Ficker, als Professor am 12. Nov. 1881 in Pöhlitzhausen geboren, studierte 1899-1894 in Pöhlitzhausen, und als Schüler von Anton Springer, dessen Anknüpfung er längere Zeit war, anschließend, besuchte (1894-96) Bonn, danach weiter namentlich hankelische Studien trieb, das Provisorische St. Pauli in Pöhlitzhausen, promovierte 1896 als Dr. phil. mit einer hankelischen Arbeit über „Die Quellen der Darstellung der Kirche in der christlichen Kunst“ (seiner ersten Habilitation in hankelische Pöhlitzhausen in der christlichen Kunst) vom 1886-1889 Mitglied des archaischen Reichsinstituts in Rom und wählte während dieser Zeit Studienreisen in Italien, Spanien und Nordafrika. Nach seiner Rückkehr wurde er für hankelische und reformationsgeschichtlichen Privatdozent. Erhalten entkam zu, a. sein Buch „Die altchristliche Kunstwerke im archaischen Museum des Landes“ (1890), woher die erste Ausgabe der Urtext der römisch-katholischen Überlieferung gegen die Baukunst (1891). 1890 hat er sich insoweit hier in Halle für hankelische habilitiert, richtig Halle aber schon 1892, um als außerordentlicher Professor nach Straßburg zu gehen. Im Jahre 1890 ist er dort Dozent. Seine weiteren Arbeiten gingen, wie die früheren, teils der altchristlichen Kunst, teils der hankelischen Literatur zu. Auf erstem Gebiete hat er auch Schule gemacht und in den „Archaischen Studien zum christlichen Altertum und Mittelalter“ (seit 1895) zum ihm anergaste Arbeiten seinen Schülern publiziert. Von seinen archaischen Studien hat er vornehmlich seine überaus nützliche und sorgfältige Ortsbeschreibung von Externs altchristliche Kirche über den Kaisertrif (von 1816/18) erwidernwert (1905). Auch den präzisionsreichen Aufgängen, namentlich der Beschreibung der hankelischen Kunst, hat er in Straßburg wertiges Interesse entgegengebracht. Dem „Dank und Ruhm des von Gelanabach für Erlaubnis“ hat er bestimmt und seitdem; durch seine Abhandlung über den christlichen Kirchenbau (mit Ausnahme von C. Hüter u. a.) hat er ein hankelisches, unvollständiges, namentlich einfacher hankelischer hankelischer Kunst. Das Professor Dr. Ficker unter Aufsicht seiner angelehnten Stellung in Straßburg — er hat dort auch schon das Rektorat geführt — für unsere Universität, von der er ausgegangen ist, sich mit seinem Leben, ist namentlich persönlichen Beziehungen zu danken.

Jeder für Einzelwesen. Die Reichsversammlung wird in diesem Sommer etwa 30 Millionen Kilogramm Zucker für Einzelwesen freigegeben. Diese Menge entspricht dem vorjährigen Verbrauch. Es entfällt auf den Kopf der Bevölkerung je 1/3 Kilogramm. Da nun alleinlebende Personen von dem Sonderzucker ausgeschlossen sind, so erhöht sich die Menge auf den Kopf der Haushaltungen um etwa das Doppelte. Inwiefern diese erhebliche Haushaltung eine Menge von 1/3 Kilogramm zuzugestimmt werden.

Die Wahl des Oberleiters Friedrich an der Oberleitung des Brandesden Schiffsman in Halle zum Direktor des Realprogymnasiums in Hersfelden hat die hankelische Bestimmung gegeben.

Provinzial-Nachrichten.

a Sothen (Gaultrais) 8. Mai. (Eindringungsdielbstahl.) In der Nacht zum 4. Mai drangen Diebe in eines der zum diesen...

a Burglinden, 8. Mai. (Leures Brennholz.) Bei der vom Feuerföhrer... abgenommenen Feuerholzmenge...

a Hirschhorn, 8. Mai. (Schweres Verbrechen.) hat die Familie des hiesigen Einwohners Bettmann betroffen.

a Sander, 8. Mai. (Eindringungsdielbstahl.) In einer der letzten Nächte wurden hier wiederum 2 schwere Eindringungsdielbstähle ausgeführt...

a Mühlentzen, 8. Mai. (Unter dem drinacubden Verdacht.) In der Raumverordnungs- und Kaufmannsrau Besmann in Berlin verlor sich haben, wurde die am 22. März 1894 hier geborene Frau Luise Geisler...

a Gienburg, 8. Mai. (Das Rittergut Weidmühl.) In durch Kauf in des Besitz des Herrn Robert Baummann in Dethlefsberg...

a Mühlhausen, 8. Mai. (Die Stadtgärtner.) will während des Krieges auch den Gemüsen annehmen, um an die Einwohner Gemüße preiswert abgeben zu können.

Aus dem Vorkreise.

(Wie die Verhältnisse unter Herrn Lieberich übernahm die Redaktion...)

Die Frühkonzerte in Bad Wittfeld.

Die Maßnahme, die Wochentags-Frühkonzerte in veränderter Orchesterbesetzung spielen zu lassen, besteht nach meinen Informationen in ausnahmslos allen Bädern...

Die Verhinderung, die den Musikern durch die Möglichkeit, sich beim Frühkonzert abzulösen, geboten wird, hat mit dem Betriebe des Stadttheaters, wie ich feststellen konnte, nicht das Geringste zu tun.

Kein verständnisvoller Wittfeld-Besucher dürfte in der Tatfrage, das Bad Wittfeld sich nur endlich dem Beispiele anderer Bäder in dieser Beziehung anzuschließen, einen Grund finden, seine Dauerkarte nicht zu erneuern...

Der Schlusspaß des gestrigen Eingangs, der mit einem ziemlich persönlichen Angriff gegen das Stadttheater zu enthalten scheint, hat mit der ganzen Angelegenheit nichts zu schaffen, er enthält auch meine Ansicht nach jeglicher Wert und ist in seiner derartigem Einem dem zum mindesten irreführend.

Ein anderer Wittfeld-Besucher.

Letzte Depeschen.

Telegrammwechsel zwischen dem Sultan und dem Kaiser.

WTB. Berlin, 8. Mai. Der Sultan richtete an den Kaiser folgendes Telegramm:

An S. Majestät den Deutschen Kaiser, Großes Hauptquartier.

Voll Bewunderung verfolge ich mit meinem Volke und meiner Arme die großen Kämpfe, welche die zahlreichen Truppen S. Majestät so heldenmütig an den Grenzen von...

Darauf antwortete der Kaiser: S. Majestät dem Sultan der Osmanen, Konstantinopel. S. Majestät haben den Beistand, die das deutsche...

Worten der höchsten Anerkennung gedacht. Ich bitte Sie, Majestät, hiermit mein warmen Dank empfangen zu wollen...

Die Schlacht an der Aisne.

Die Schlacht an der Aisne tobt weiter. Nach dem ungeheuren Mesdag, den die Franzosen bei dem letzten gewaltigen, in der Breite von 18 Kilometer unternommenen...

Auf dem Westumsturz ist hartes Feuer schwerer Kanonen ausgetragen. Um 4 Uhr nachmittags...

In der Champagne ereignet sich seitiger planmäßiger Feuerwechsel, die gegen 7 Uhr abends zum Zusammenstoßen ansetzt, ein heftiger französischer Angriff...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kartensammlungsstud.

Berlin, 8. Mai. Die fortwährend glückliche Gestaltung der Kriegslage führt auch in der Geschäftswelt die Hoffnung auf einen baldigen Friedensabschluss...

Deutsche Post.

Die amtlichen Postverträge für telegraphische Nachrichten sollen sich an den heutigen Termin in Berlin zum vorübergehenden Ende in Kraft...

Table with 4 columns: Postart, Preis, and two columns for rates. Rows include New York, Bremen, Hamburg, etc.

Rechnungsbüro. Berlin, 8. Mai 1916. Die amtlichen Postverträge für telegraphische Nachrichten sollen sich an den heutigen Termin in Berlin zum vorübergehenden Ende in Kraft...

Rechnungsbüro. Berlin, 8. Mai 1916. Die amtlichen Postverträge für telegraphische Nachrichten sollen sich an den heutigen Termin in Berlin zum vorübergehenden Ende in Kraft...

Berlin 8. Mai. Im hiesigen Stadtmagistrat wurde heute eine unerminderte Nachfrage nach Serabilla, die die letzten beiden Wochen die Welt beherrschte...

Widerstand leisten. Handhelfer waren nur für die Anstellung von neuen Bestimmungen der Bohnerverwaltung...

Gewerkschaft des Brauerei-Arbeiterverbandes in Halle.

Nach dem in der letzten Generalversammlung (27. April) dem Bericht zufolge hat die am 1. März 1916 einwirkende...

Generalversammlung der Deutschen Erdöl-W.G.

In der öffentlichen Generalversammlung als Generaldirektor Villerburg ausführliche Erläuterungen und Erklärungen zum Geschäftsbericht...

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse machen große Anforderungen notwendig und verlangen, das erhebliche Mittel für die Ueberleitung zum Friedenswirtschaft...

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse machen große Anforderungen notwendig und verlangen, das erhebliche Mittel für die Ueberleitung zum Friedenswirtschaft...

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse machen große Anforderungen notwendig und verlangen, das erhebliche Mittel für die Ueberleitung zum Friedenswirtschaft...

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse machen große Anforderungen notwendig und verlangen, das erhebliche Mittel für die Ueberleitung zum Friedenswirtschaft...

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse machen große Anforderungen notwendig und verlangen, das erhebliche Mittel für die Ueberleitung zum Friedenswirtschaft...

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse machen große Anforderungen notwendig und verlangen, das erhebliche Mittel für die Ueberleitung zum Friedenswirtschaft...

Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse machen große Anforderungen notwendig und verlangen, das erhebliche Mittel für die Ueberleitung zum Friedenswirtschaft...